Beschluss des Landrats vom 05.11.2026

Nr. 2072

2. Zur Traktandenliste
2025/565; Protokoll: tvr

://: Die Traktandenliste wird stillschweigend beschlossen.

– *Zur Dringlichkeit der Motion 2026/7362: Befristeter Beizug der Militärpolizei zur Unterstützung der Kantonspolizei Basel-Landschaft*

Der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab, sagt Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP). Der Regierungsrat erachtet die Einsatzfähigkeit der Polizei Basel-Landschaft zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität als gut. Diese bildet auch einen wichtigen Schwerpunkt der Polizei Basel-Landschaft. Vor allem mit den flexibel einsetzbaren Einsatzdetachements, die in der Zeit der Dämmerungseinbrüche sogar verdoppelt wurden, ist man gut aufgestellt – und der Regierungsrat ist der Meinung, dass man damit dieser Kriminalität entgegentreten kann. Der Vergleich mit 2013 greift zu kurz, heute gibt es viel weniger Einbrüche und viel tiefere Einbruchszahlen als damals. Zudem gibt es auch rechtliche Bedenken bezüglich des Einsatzes der Militärpolizei. Damals konnte man das im Sinne eines WK machen. Die Militärpolizei so kurzfristig für so etwas aufzubieten, ist nicht möglich. Der Regierungsrat bittet um Vertrauen in die Polizei Basel-Landschaft, die weiss, was sie macht. Und der Regierungsrat bittet um Ablehnung der Dringlichkeit und um eine Prüfung im regulären Verfahren.

Nicole Spiegel-Roth (SVP) sieht das anders: Aktuell gibt es im Kanton eine Situation, die keinen Aufschub duldet. Ein Fundament des Zusammenlebens ist die Sicherheit; doch dieses Fundament bröckelt gewaltig, und das an einem empfindlichen Ort, in den eigenen vier Wänden der Bürgerinnen und Bürger. Aktuell ist das Oberbaselbiet stark von Einbrüchen betroffen. Beunruhigend ist dabei nicht nur die Dreistigkeit der Täter, sondern auch, dass die Kantonspolizei an ihre personellen Grenzen stösst. Der Vorstoss ist dringlich, weil die Hochsaison der Einbrüche jetzt erst anfängt. Ohne dringliche Beantwortung des Vorstosses ist der Schaden bereits angerichtet. Die Bevölkerung verlangt jetzt Schutz.

Michael Honegger (SP) ist erstaunt, dass die Motion als dringlich eingereicht wurde. Die Motion legt dar, dass man bei der Entwicklung der tatsächlichen Straftaten, insbesondere der Einbruchdiebstähle, langfristige Bewegungen erkennt. Tatsächlich entwickeln sich die Zahlen im Vergleich zu 2013 sogar in eine offenbar positive Richtung. Diese langfristige Entwicklung gilt es genau im Auge zu halten. Weil es aber eine langfristige Entwicklung ist, erfüllt sie den Charakter der Dringlichkeit eben gerade nicht. Akut geändert haben sich lediglich die Beobachtungen aus der Bevölkerung. Diese sind ernst zu nehmen; und der Redner ist sicher, dass sie die Kantonspolizei auch ernst nimmt. Wie bereits ausgeführt und wie es auch in der Antwort in der heutigen Fragestunde bestätigt wurde, ist die Polizei Basel-Landschaft einsatzfähig und sie kann zusätzliche Mittel, insbesondere für das Einsatzdetachement, in die Bekämpfung von Einbrüchen investieren. Die anekdotischen Beobachtungen aus der Bevölkerung reichen für die SP-Fraktion jedoch nicht, um die Dringlichkeit zu begründen. Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit deshalb ab.

Alain Bai (FDP) ist sich sicher, dass die Hochsaison der Einbruchdiebstähle jetzt anlaufe. Man muss jetzt prüfen, ob die vorgeschlagenen Massnahmen umsetzbar und erfolgversprechend sind. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Dringlichkeit. Die Politik muss Prioritäten setzen und handeln – und damit die Polizei unterstützen, um den Einbruchdiebstählen Herr zu werden.

Marco Agostini (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion mehrheitlich gegen die Dringlichkeit sei. Der Redner hingegen ist dafür, weil er mehr Informationen wünscht. Für diesen Winter wird es kaum eine Lösung mit der Militärpolizei geben – dennoch ist es wichtig, dass das Thema besprochen wird, damit man der Bevölkerung Antworten liefern kann.

Sarah Regez (SVP) erklärt, dass der Schutz der Bevölkerung eine Kernaufgabe des Staates sei. Die Polizei ist bei gemeldeten verdächtigen Beobachtungen im Oberbaselbiet teilweise Stunden zu spät erschienen. Es braucht jetzt Hilfe und nicht erst in ein paar Jahren. Es wäre eine befristete Lösung, die rechtlich sauber aufgegleist ist, deshalb hofft die Rednerin auf Zustimmung zur Dringlichkeit. Die Militärpolizei würde die Kantonspolizei ja nur ergänzen und nicht ersetzen.

Ein Grundsatz für eine Dringlichkeit, den der Landrat stets hochgehalten habe, sei die Gefährdung von Leib und Leben, erinnert **Florian Spiegel** (SVP). Es hat sich zuletzt ein Fall ereignet, bei dem mehrere Täter versuchten, in eine Liegenschaft einzudringen. Die betroffene Person hat die Polizei alarmiert. Obwohl die Täter vor der Haustür standen und sich an den Fenstern zu schaffen machten, wurde ihr mitgeteilt, dass die Polizei erst ausrücken könne, wenn wieder Kapazitäten vorhanden seien. Tatsächlich ist die Polizei erst Stunden später eingetroffen. Dass nicht Schlimmeres passiert, ist einzig dem Umstand zu verdanken, dass sich die betroffene Person als gefestigte Persönlichkeit allein gegen die Überzahl der Eindringlinge behaupten konnte. Es stellt sich die Frage, was passiert wäre, wenn es sich um eine gebrechliche, alleinlebende 80-jährige Frau gehandelt hätte. Die Täter wären möglicherweise ins Haus gelangt, während die Polizei erst Stunden später eingetroffen wäre. An Regierungsrätin Kathrin Schweizer gerichtet, sagt der Redner, dass niemand ein solches Szenario und dessen Folgen aus den Medien erfahren möchte.
Es geht nicht darum, dass man kein Vertrauen in die Polizei hat. Vielmehr ist die Schweiz an einem Punkt angelangt, an dem nicht mehr nur die Anzahl der Straftaten, sondern zunehmend auch deren Dreistigkeit problematisch ist. Die Bevölkerung verdient Schutz. Wenn die Polizei bei solchen Meldungen nicht mehr innert kürzester Zeit vor Ort sein kann und dadurch eine Gefährdung von Leib und Leben droht, rechtfertigt dies die Dringlichkeit der Motion.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) erklärt, dass die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich für die Dringlichkeit sei. Nicht nur im Oberbaselbiet sind die Einbruchsszenarien stets vorhanden, sondern auch im unteren Baselbiet. Die Bevölkerung hat Angst und muss geschützt werden. Es ist nicht ohne Grund nachher noch eine Motion von Nicole Roth hängig (die hoffentlich endlich behandelt wird), bei der das Thema auch aufgegriffen wird. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wirklich gehandelt wird und deshalb muss die Dringlichkeit befürwortet werden.

Markus Graf (SVP) findet, dass Michael Honegger mit zahlreichen Fremdwörtern um sich geworfen habe, aber inhaltlich wenig Brauchbares beigetragen habe, warum die Dringlichkeit abgelehnt werden soll. Es stellt sich die Frage, was noch geschehen muss, damit ein solcher Vorstoss als dringlich eingestuft wird. An die SP gerichtet: Im Kanton Basel-Landschaft ereignet sich alle sechs Stunden ein Einbruch. Die Regierungsrätin wird deshalb aufgefordert, jetzt zu handeln, um weiteres Leid zu verhindern. Gerade im Hinblick auf den kommenden Herbst und die aktuelle Lage ist dringendes Handeln notwendig.

Marc Schinzel (FDP) unterstützt die Dringlichkeit. Der Vorstoss ist eingereicht und muss geprüft werden. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist es jedoch wichtig, jetzt zu handeln. Wie bereits ausgeführt, betrifft die Problematik nicht nur das obere, sondern auch das untere Baselbiet. Insbesondere in Grenznähe ist eine Zunahme des Kriminaltourismus spürbar. Es ist die Pflicht des Landrats, in dieser Situation alle möglichen Massnahmen zu prüfen und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Dies ist kein Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Polizei. Die Entwick-

lung bereitet der Bevölkerung und auch zahlreichen Mitgliedern des Landrats Sorgen. Deshalb ist die Dringlichkeit zu unterstützen.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) bittet darum, sich auf die Frage der Dringlichkeit zu beschränken und keine inhaltliche Diskussion zu führen.

Laut **Yves Krebs** (GLP) ist die GLP-Fraktion grossmehrheitlich gegen die Dringlichkeit.

Jan Kirchmayr (SP) nimmt erstaunt zur Kenntnis, was hier diskutiert werde. In der Budgetdebatte vor zwei Jahren wurde im Landrat über die personelle Ausstattung der Polizei entschieden. Dabei sind Anträge für fünf, zehn und 15 zusätzliche Stellen pro Jahr gestellt worden. Die SP-Fraktion hat sich gemeinsam mit unter anderem Anita Biedert für 15 zusätzliche Stellen eingesetzt. Ein Teil der rechtsbürgerlichen Seite, darunter auch die Urheberin der nun dringlich eingereichten Motion, hat diesen Antrag nicht unterstützt, weshalb er dann auch keine Mehrheit gefunden hat. Es ist deshalb schwer nachvollziehbar, weshalb nun solche Vorwürfe erhoben werden. Es geht offenbar um Wahlkampf. Dass Lösungen für die geschilderten Probleme gefunden und entsprechende Massnahmen ergriffen werden müssen, ist unbestritten. Die SP hat mit dem Antrag auf zusätzliche Polizeistellen einen konkreten Vorschlag eingebracht. Dieser ist von der Gegenseite jedoch abgelehnt worden. Zudem hat es die Sicherheitsdirektorin klar gesagt: Der geschilderte Einsatz hat sich im Rahmen eines WK der Militärpolizei abgespielt – deshalb hat das damals funktioniert. Man kann diese Motion zwar überweisen, aber es bringt wenig. Wirkungsvoller wäre es gewesen, die zusätzlichen Polizeistellen zu bewilligen. Alles andere ist bloss populistisches Herumgebelle.

Anita Biedert (SVP) richtet ihr Votum an Regierungsrätin Kathrin Schweizer, die in Muttenz wohnhaft ist: Zuletzt sind wiederholt Personen an die Rednerin herangetreten und haben gefragt, was sie noch machen könnten, um sich vor Einbrüchen zu schützen. Man ergreift bauliche Massnahmen und erstellt Mauern ums Haus – das kann doch nicht sein. Deshalb wird darum gebeten, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Nadim Ismail (SP) ist beim Lesen des Vorstosses aufgefallen, dass dieser auf die Einbruchszahlen der vergangenen Jahre Bezug nehme. Es stellt sich die Frage, weshalb das Thema ausgerechnet jetzt, zu Beginn der Einbruchssaison, aufgegriffen wird und weshalb die entsprechenden Vorstösse nicht bereits früher im Jahr eingereicht wurden, sodass genügend Zeit geblieben wäre. Das Anliegen ist berechtigt, aber der Zeitpunkt ist falsch. In Übereinstimmung mit Jan Kirchmayr sagt der Redner, dass es sich um reine Wahlkampftaktik handelt. Deshalb wird Nadim Ismail die Dringlichkeit ablehnen und er fordert dazu auf, es ihm gleich zu tun.

Gzim Hasanaj (Grüne) findet, dass die Problematik durchaus nachvollziehbar sei. In den vergangenen Jahren habe er zwei entsprechende Fälle erlebt. Bei einem davon ist eine Arbeitskollegin in ihrem Büro eingeschlossen gewesen und konnte nicht nach Hause gehen. Die Polizei hat damals niemanden schicken können. Glücklicherweise ist die Situation glimpflich ausgegangen, sie hätte aber auch anders enden können. Und am vergangenen Freitag gab es beim Redner zudem einen Notfall am Arbeitsplatz. Die Polizei ist innert 15 bis 20 Minuten eingetroffen. Bei einem bewaffneten Täter wäre allerdings auch diese Reaktionszeit möglicherweise zu lang. Vor zwei Jahren hat der Landrat zehn zusätzliche Polizeistellen bewilligt. Dennoch gibt es bei der Kantonspolizei weiterhin Engpässe. Woran liegt das? Wenn man das mit dem Strafgericht vergleicht: Auch dort wurde im Rahmen der Budgetdebatte ein Antrag auf zusätzliche Stellen gestellt. Damals hat man sich dagegen ausgesprochen, weil zunächst eine Strukturanalyse notwendig ist, um den tatsächlichen Ressourcenbedarf und den Einsatz der Stellen zu klären. Vor einigen Wochen beziehungsweise

Monaten hat sich dann gezeigt, dass die Gerichte intern CHF 5 Mio. gefunden haben, die nun zum Strafgericht fliessen.

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) erinnert daran, dass zur Dringlichkeit gesprochen werden soll.

Noch einen Satz wolle er sagen, erklärt **Gzim Hasanaj** (Grüne): Analog dazu sollte auch die Polizeiorganisation genauer unter die Lupe genommen werden, um zu schauen, wo die vor zwei Jahren bewilligten zehn zusätzlichen Stellen eingesetzt werden, statt einfach weitere Stellen zu bewilligen. Deshalb wird der Vorstoss abgelehnt.

Reto Tschudin (SVP) findet es schwierig, dass man dieses Thema auf den Wahlkampf schiebe, obwohl man von einem aktuellen, die Bevölkerung bewegenden Problem rede. Was Jan Kirchmayr zur Dringlichkeit ausdrücken wollte, war wohl, dass die Chance beim letzten Mal verpasst wurde. Deswegen ist es nun umso mehr dringlich. Der Redner bittet der Dringlichkeit unbedingt zustimmen.

://: Mit 48:35 Stimmen wird die Motion nicht für dringlich erklärt. Das erforderliche 2/3-Mehr liegt bei 56 Stimmen.

– *Zur Dringlichkeit der Interpellation 2026/7363: Kooperationsabsichten der Solothurner Spitäler AG*

Der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab, erklärt Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP). Die Gründe sind bereits im ersten Abschnitt der heute veröffentlichten Stellungnahme der beiden Kantone und der beiden Spitäler ausgeführt: Es gibt keine Anfrage, kein Angebot und keine Absicht – nicht für einen Standort in Aesch, Reinach oder anderswo. Es bestehen auch keine strategischen Absichten. Die in der Motion gestellten Fragen sind in der Stellungnahme bereits beantwortet und eine dringliche Behandlung ist deshalb nicht notwendig.

Stefan Meyer (SVP) bedankt sich bei Thomi Jourdan für die am Morgen abgegebene Stellungnahme beziehungsweise das Dementi. Jedoch sind damit noch nicht alle Fragen der Interpellation beantwortet. Deshalb empfiehlt der Redner, die Interpellation als dringlich zu überweisen. In zwei Wochen beginnt die grundlegende Diskussion über das KSBL und dessen Zukunft. Bis dahin sollten möglichst alle bestehenden Unklarheiten und Informationsunterschiede zwischen Regierungsrat und Landrat ausgeräumt sein, damit die Diskussion in aller Ruhe geführt werden kann. Die SVP-Fraktion hält deshalb an der Dringlichkeit fest.

Urs Roth (SP) glaubt nicht, dass es sich um einen Zufall handle, wenn nach zweieinhalbjähriger Debatte in den vorberatenden Kommissionen ausgerechnet an dem Tag der Veröffentlichung des Berichts ein Zeitungsartikel über eine neue Idee erschienen sei. Der Regierungsrat hat am Morgen eine Klarstellung abgegeben, für die Urs Roth dankbar ist. In zwei Wochen findet die Spitaldebatte statt. Dort besteht die Möglichkeit, sich einzubringen und sämtliche Fragen im Gesamtkontext zu diskutieren. Eine ausführliche Diskussion zu einer neuen Idee bereits heute Nachmittag ist hingegen nicht sinnvoll. In den vorberatenden Kommissionen wurden bereits 15 Varianten und damit sämtliche denkbaren Möglichkeiten diskutiert. In zwei Wochen kann man sich dann vertieft im Gesamtkontext dazu äussern. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht jedoch keine Dringlichkeit. Es entsteht der Eindruck, dass viel Energie darauf verwendet wird, die Debatte immer weiter hinauszuzögern. Deshalb soll die Diskussion in zwei Wochen geführt werden, um dann hoffentlich die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Tim Hagmann (GLP) will die Debatte nicht verzögern, sondern sie jetzt führen: wenn sie jetzt nicht dringlich ist, wann denn? Es handelt sich um eine Interpellation mit konkreten Fragen, die nicht beantwortet wurden. In der Stellungnahme von Thomi Jourdan wurde gleich zu Beginn festgehalten: «Kein Angebot, keine Absicht, es gab zu keinem Zeitpunkt eine Anfrage oder ein Angebot für eine gemeinsame Spitalinfrastruktur, weder seitens der Spitalgruppe noch seitens der beiden Kantone.» Die dritte Frage der Interpellation betrifft jedoch einen anderen Sachverhalt: ob der Regierungsrat nach den GDK-Beschlüssen vom November 2025 den Kanton Solothurn erneut um eine verstärkte Zusammenarbeit in der Versorgungsplanung angefragt hat. Der Regierungsrat hat bestätigt, dass er dies machen wird. Es stellt sich die Frage, ob es eine klare Auftragsverweigerung gegeben hat. Diese Frage ist dringend und sollte jetzt beantwortet werden – und nicht erst in zwei Wochen.

Für die FDP-Fraktion sei die Sache klar, erklärt **Alain Bai** (FDP). In zwei Wochen diskutiert der Landrat über eine der grössten Vorlagen der letzten Jahre. In dieser Interpellation wurden meinungsbildende Themen und Fragen aufgeworfen, die nach der Medienmitteilung vom Morgen umso dringlicher beantwortet werden müssten. Deshalb stimmt die FDP-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Marc Scherrer (Die Mitte) findet, dass Tim Hagmanns euphorische und laute Argumentation dieses Geschäft nicht besser mache. Man kann noch so viele komplizierte Fragen stellen. Dabei weiss Tim Hagmann als Mitglied der Gesundheitskommission doch genau, dass der Austausch des Regierungsrats mit dem Kanton Solothurn stattgefunden hat. Es habe bereits 2024 und 2025 entsprechende Anfragen gegeben. Dabei wurde insbesondere der Gesundheitsraum thematisiert. Ebenso ist Tim Hagmann bekannt, dass der Kanton Solothurn bis heute ablehnend geantwortet hat. Der am Vortag aus unbekannten Gründen erschienene Artikel in der Basler Zeitung ist legitim. Man kann sich überlegen, ob es möglicherweise einen Grund gibt, dass der Kanton Solothurn die Angelegenheit auf diese Weise positioniert. Die zuvor veröffentlichte Medienmitteilung beantwortet alle daraus entstandenen Fragen bereits. In zwei Wochen wird der Landrat voraussichtlich über die gesamte Vorlage diskutieren. Diese wurde während zwei Jahren beraten, wobei zahlreiche Varianten ausführlich diskutiert wurden. Es handelt sich nun um eine Vorlage, die eine vertiefte Diskussion Wert ist und die möglicherweise mehrheitsfähig ist. Aus Sicht von Marc Scherrer gibt es keine Fragen, die zwingend dringlich beantwortet werden müssten. Es wäre falsch, die Vorlage nun zu stoppen oder zu pausieren und damit weitere Jahre zu verlieren, während sich alle anderen Kantone um den Kanton Basel-Landschaft herum weiterentwickeln. Wer schon länger im Landrat dabei ist, weiss: Eine solche Verzögerung hat es bereits im Zusammenhang mit der Fusion der Spitäler und der Strategie Fokus gegeben. Das hat den Kanton jedes Mal um zwei bis drei Jahre zurückgeworfen. Nun ist der Punkt erreicht, an dem vorwärtsgeschaut werden muss und eine gute Vorlage zur Diskussion steht. Alles andere sind Nebelpetarden – und das ist nicht akzeptabel. Die Mitte-Fraktion wird die Dringlichkeit unterstützen, Marc Scherrer lehnt sie indes klar ab.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) hält fest, dass die heute veröffentlichte Klarstellung nicht als persönliche Stellungnahme verstanden wird. Vielmehr haben der Kanton Solothurn, die Solothurner Spitäler, das KSBL und der Kanton Basel-Landschaft ein gemeinsames Interesse daran, die Sachlage klarzustellen. Es handelt sich um ein bikantonales Statement. Zudem wird die von Tim Hagmann aufgeworfene Frage bereits in der Stellungnahme beantwortet. Darin wird festgehalten, dass sich der Kanton Solothurn nicht an einer gemeinsamen Versorgungsplanung GGR beteiligen werde. Also müsste man eine andere offene Frage finden – und falls eine solche gibt, dann kann man diese selbstverständlich ebenfalls diskutieren. Falls es heute zu einer Debatte kommt, dann sollte diese nicht unnötig in die Länge gezogen werden; sondern man sollte die Antworten zur Kenntnis nehmen. Die eigentliche Diskussion indes sollte man dann erst in zwei Wochen im Rahmen der Beratung der Vorlage führen.

://: Mit 49:33 Stimmen wird die Motion nicht für dringlich erklärt. Das erforderliche 2/3-Mehr liegt bei 55 Stimmen.